

Bündnis 90/Die Grünen nehmen Stellung zur Kraftwerksabsage von CDU und SPD

## „Flucht nach vorn, Einsicht, Taktik oder was?“

**Lünen. Bündnis 90/Die Grünen nehmen zur Absage von CDU und SPD an ein zweites Steag-Kraftwerk Stellung:**

„CDU und SPD wollen frühzeitig - nachdem die Befürchtung sich verfestigt, dass die Steag ein zweites Kraftwerk in Lünen plant - die Flucht nach vorn antreten. Noch in der Ratssitzung am 20. 8. 2006 haben sie den Dringlichkeitsantrag der Grünen, der Rat der Stadt Lünen möge beschließen, alle kommunalen Handlungsmöglichkeiten zu nutzen, um den Bau eines weiteren von der Steag an der Moltkestraße geplanten Kraftwerks zu verhindern, mehrheitlich mit der Stimme des Bürgermeisters abge-



Die Nagelprobe steht noch aus, sagt Parteichefin Erika Roß.

schmettert. (...) Welch ein Sinneswandel hat sich hier vollzogen? War es die endlich erlangte Einsicht oder der Druck der BürgerInnen, der

Nachbarstädte, der Mediziner und der Bürgerinitiativen?

Man kann sich auch fragen, welche taktische politische Aussage verbirgt sich hinter der Ablehnung (...). Reicht bereits ein Kraftwerk, unter Beteiligung der heimischen Stadtwerke, um das Lünen Stadtsäckel zu sanieren oder hat die Steag die Lünen Politprominenz nicht frühzeitig in ihre Pläne mit einbezogen? Oder bekommen die großen Parteien wegen der Proteste an der Basis langsam kalte Füße? Werden Umweltschützer - zwei Jahre vor der Kommunalwahl - wirklich ernst genommen?

Auf einmal haben auch CDU und SPD Bedenken, dass die Wohnattraktivität unse-

rer Stadt leidet, sollte ein zweites Kraftwerk die Lünen Luft verschmutzen. Zu recht. Doch schon das Trianel-Kraftwerk wird die Luftbelastung - die bereits besorgniserregend hoch ist - weiter erhöhen. Unter Berücksichtigung der bestehenden Messergebnisse dürfte auch das (...) nicht genehmigt werden. Lünen verfügt bereits über eine derartige Häufung von Großverbrennungsanlagen, dass die Stadt weit über die Belastungsgrenze hinaus ihren Beitrag zu den notwendigen Versorgungseinrichtungen des Landes leistet. Die Nagelprobe, ob wir bei der Verhinderung von Kraftwerken auf CDU und SPD wirklich zählen können, steht noch aus.“